

EUTEKTIKUM

ZEITUNG FÜR DIE FACHHOCHSCHULE
HAMBURG №1 MÄRZ '70, 20PF

FACHHOCHSCHÜLER!



**SELBST
ORGANISIEREN**

**BEVOR
WIR
OR** **GANIS** **IER**
WERDEN

„Wir wollen mehr Demokratie wagen.“¹

Erinnerungen an die Zeit kurz vor und nach 1970 und den Beginn meines Studiums an der neu-gegründeten FH (Fachhochschule) in Hamburg

Peter Meyer

1 Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Deutschen Bundestag in Bonn am 28. Oktober 1969

1970 wurde die FH in Hamburg gegründet. Ich gehörte zu den Studierenden des 1. Semesters des damals ebenfalls neu gegründeten Fb (Fachbereichs) Sozialpädagogik².

Als ich das Studium begann, war ich 26 Jahre alt, ungebunden, Seemann, ohne eigene Unterkunft in Hamburg und wirtschaftlich ein Lebenskünstler. Ich wollte eigentlich Schiffingenieur werden, war durch Konflikte an Bord hinsichtlich meiner Berufsvorstellungen verunsichert und hatte - durch eine damalige Freundin beeindruckt - die Vorstellung entwickelt, „Pädagogik und Psychologie“ könnten helfen, „die Welt“ besser zu machen.

Ich war nicht gut zu sprechen auf die Reeder und deren scheinbar „allmächtige Möglichkeiten“. Aus der Gewerkschaft ÖTV war ich ausgetreten, weil sie mir zu wenig kämpferisch in der Unterstützung für meine Konflikte mit der Reederei war, bei der ich schlechte Erfahrungen gemacht hatte. Politik interessierte mich. Die Notstandsgesetze waren - zu meinem Bedauern - gerade erst verabschiedet, der Vietnam-Krieg war mir nicht egal, die „neue Ostpolitik“ von Willy Brandt sprach mir aus dem Herzen. Der „Antikommunismus“ und damit die noch immer heftige allgegenwärtige Leugnung der deutschen Verantwortung für den 2. Weltkrieg und die Nazi-Gräuel beschäftigten mich. Die darüber hinausgehende anhaltende Gleichgültigkeit gegenüber denen, die versucht hatten, den Nationalsozialisten entgegenzutreten (wie z. B. „Die Weiße Rose“, die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe, aber auch Martin Niemöller),

2 Der Studienbetrieb war für ca. 1 Jahr noch am Grindelhof - in der heutigen Talmud-Tora-Schule, dann zog der Fachbereich in das ehemalige DAG-Gebäude an den damaligen Karl-Muck-Platz (heute Johannes-Brahms-Platz). Von dort später in die Saarlandstraße.

waren für mich ein Grund, etwas Besseres anzustreben und mich dafür einzusetzen. So begründete sich für mich das Anliegen, für ein „solidarisches Leben“ einzutreten. Ich hatte mich der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) als Kriegsdienstverweigerer angeschlossen und empfand mich als

Anhänger der Außerparlamentarischen Opposition. Die Bundestagswahl von 1969, in der die seit 20 Jahren stramm antikomunistisch regierende CDU ins Hintertreffen geriet, begründete neue politische Hoffnungen.

Das Studium begann am Grindelhof am 1. 4. 1970 in erheblicher räumlicher Enge. Der Fb Biblio-

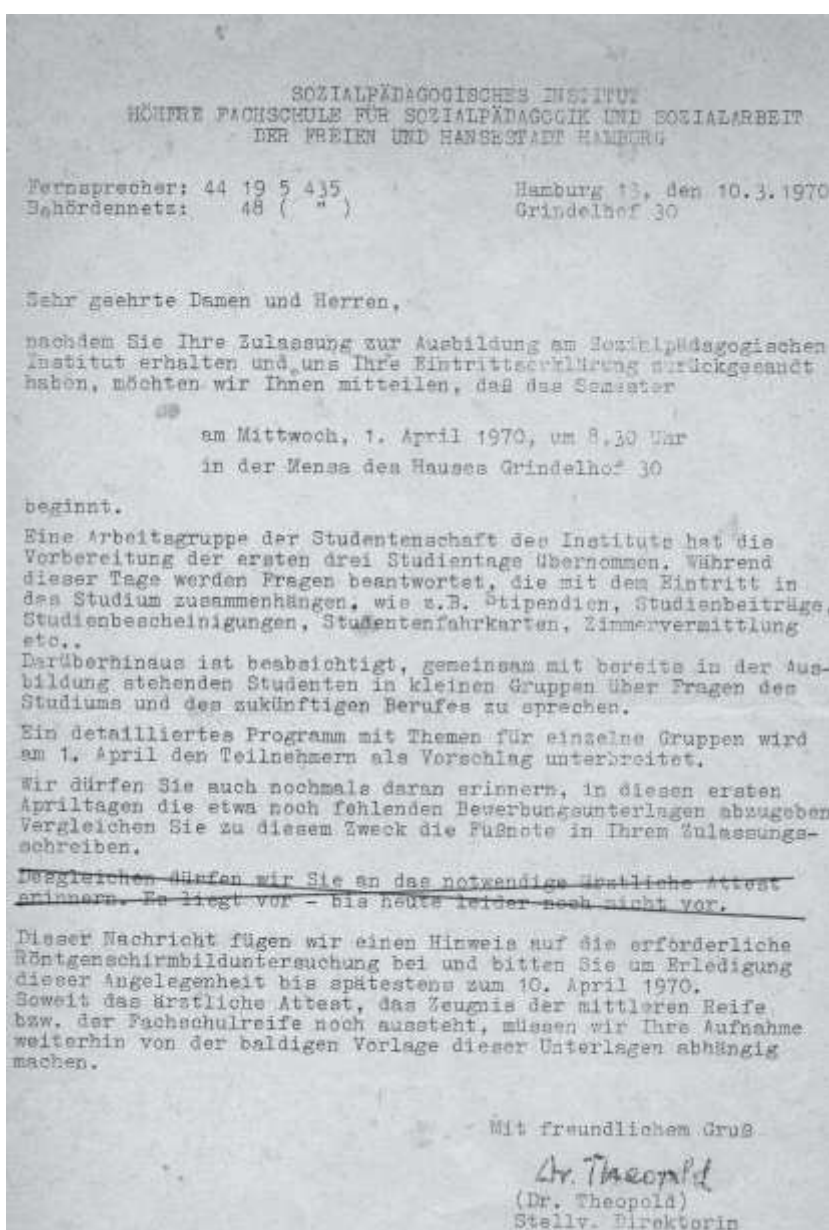


Abb. 1. Benachrichtigung und Einladungsschreiben für den Beginn des Studiums 1970

thekswesen und der Fb Sozialpädagogik nutzten dasselbe Gebäude. Mich überwältigte und begeisterte eine durch Studenten und Studentinnen selbstgestaltete Einführung in das Studium an den ersten drei Tagen. Diese Einführung bestärkte alle meine Hoffnungen, mit Hilfe einer (bisher noch nicht gefassten) Theorie für Soziale Arbeit nach dem Studium eine Praxis mitbegründen zu können, die eine evtl. Arbeit ermöglichen würde, die die Lebensbedingungen aller verbessern könnte. Meine Wahrnehmung war: Sozialarbeit benötigt Eigeninitiative und Selbstorganisation in solidarischen Zusammenhängen. Mich an den erfahrenen Studenten und Studentinnen zu orientieren, war mir nach dieser Einführung deshalb besonders wichtig. So bekam ich Zugang zur SO (Selbstorganisation).

Wir waren ca. 220 Studierende, die 1970 begannen. Für viele von uns und natürlich für alle, die mit so wenig Vorwissen, wie ich es hatte, begannen nun schon die ersten kleinen Probleme: Es gab unterschiedliche Studien- und Prüfungsordnungen für Sozialpädagogik und für Sozialarbeit. Die Frage stellte sich, was ich mit welcher Perspektive studieren sollte.

Die Integration beider Studiengänge wurde offen diskutiert, mehrheitlich gewünscht, aber auch bei den Dozenten gab es hier keine klare Linie. Wegen der unterschiedlichen Studienordnungen für Sozialpädagogik und für Sozialarbeit stellten sich sowohl für die Studierenden einerseits als auch für die Verwaltung des Fb und die Dozenten andererseits Anforderungen, die sich im Alltagsge-

schehen nicht einfach in Einklang bringen ließen. Für das Studium bedeutete das nach meinem Eindruck, dass man sich am besten an gewachsenen Arbeitsfeldern wie z. B. der Heimarbeit, der Arbeit in Kindertagesheimen oder der Arbeit im Jugendamt orientierte.

Viele strebten aber auch „nur“ den Erwerb der Hochschulreife an. Dies war mit dem von diesem Jahr an gültigen Fachhochschulgesetz (dort §17)³ möglich. Erfahrene sammelten sich vor allem in einem damals noch möglichen Aufbaustudium. Die formalen Aufnahmebedingungen für die Aufbauform wurden durch den Nachweis über erworbene Tätigkeiten im Erzieher/innenberuf ermöglicht. Die Studierenden der Aufbauform bekamen dies honoriert, indem ihnen die ersten beiden Semester erlassen wurden und das einjährige Berufspraktikum entfiel. Dieses Aufbaustudium verkürzte sich deshalb auf nur zwei Jahre. Das normale „grundständige“ Studium dauerte auch damals schon vier Jahre: drei Jahre mit integrierter Praxiszeit und ein Jahr Berufspraktikum, welches tariflich vergütet wurde. Auch wenn das Studium der Aufbauform nach wenigen Jahren fallen gelassen wurde, setzte es für die Zeit, in der es existierte, erhebliche unterschiedliche Bedürfnisse frei. All diese unterschiedlichen Umstände bildeten neben den offenkundigen räumlichen Schwierigkeiten einen besonderen „Unzufriedenheitscocktail“ für mitbestimmungsorientierte Studenten wie mich.



Abb. 2: Aufkleber, der im Wahlkampf vor der Bundestagswahl 1969 gegen die Befürworter der Notstandsgesetze zumindest in Norddeutschland eingesetzt wurde.

³ siehe auch Drucksache 2824 und anhängender Fachhochschulgesetzestext aus der VI. Legislaturperiode der Hamburger Bürgerschaft

Unter den Studierenden und besonders unter denen, die die SO trugen, waren sozialistische Vorstellungen damals von großer Bedeutung. Die SO vertrat die Haltung, dass junge Menschen aus der Arbeiterklasse eine bessere Teilhabe an Bildung allgemein brauchen. Deshalb wurde die Forderung nach besseren Zugängen zu der neu gegründeten FH erhoben. Damals verstanden viele Studierende den NC (Numerus Clausus) als eine besondere Ungerechtigkeit gegenüber der Arbeiterklasse, weil er deren Kinder besonders vom Studium fern hielt. Es ging im politischen Diskurs um Emanzipation und Teilhabe. Der Bildungshunger war enorm. Der 2. Bildungsweg ließ viele junge Menschen hoffen, auch z. B. mit Volksschulabschluss und Lehre noch ein Studium aufnehmen und damit eine besser bezahlte Arbeit erreichen zu können. Die Studierenden steuerten eine qualitativ gute Ausbildung an und sahen sich mit den früheren Bedingungen der Studienorganisation in zu engen Grenzen. Die neue FH erweckte vor diesem Hintergrund Hoffnungen. Den Ingenieurs-Studenten ging es auch um eine EWG⁴ weite Anerkennung der Fachhochschulabschlüsse. Die neue FH integrierte 13 bis dahin unabhängige Bildungseinrichtungen: Maschinenbau (inkl. Chemie), Ing.-Bau, Fahrzeugtechnik, Elektrotechnik, Schiffsbetriebstechnik, Hochbau, Vermessung, Produktions- und Verfahrenstechnik, Seefahrt, Sozialpädagogik, Bibliothekswesen, Gestaltung und Ernährungswissenschaften sowie Hauswirtschaft. Unter den

Bewerbern und Bewerberinnen für das neue FH-Studium war die Hoffnung weit verbreitet, dass mit diesem Studium der „Wert“ der eigenen „Ware Arbeitskraft“ auf dem Arbeitsmarkt angemessen gesteigert werden könnte. Die Studierenden der Ingenieurs-Studiengänge am Berliner Tor bildeten, meiner Meinung nach, die Spitze dieser Bewegung. Hier gab man sogar die eigene Zeitschrift „Eutektikum“ heraus. Dort wurde auch am nachhaltigsten z. B. gegen den NC gewettert und erklärend Stellung bezogen.

Die sich selbst organisierenden Studenten und Studentinnen an den Vorgänger-Ausbildungsstätten hatten mit Blick auf die Vielfalt der neuen Fachhochschule ca. 1968 die SO an den technischen Fachbereichen zuerst gebildet. Die

Hoffnung war wohl vor allem, den Studenten und Studentinnen aller 13 Fachbereiche Konkurrenz zu ersparen. Sie hatten den Haushalt des Senats und die Ausgaben für Bildung, hier besonders im geplanten neuen FH-Bereich, studiert. Innerhalb der widersprüchlichen Erwartungen an die Organisation der neu gegründeten FH wurden die Interessen der Studierenden von der SO mit großem Engagement für die Öffentlichkeit wahrnehmbar vertreten. Räume, Dozenten und eine angemessenere Bezahlung des Hochschulpersonals wurden von den Studierenden laut gefordert. Die MiFriFi (Mittelfristige Finanzplanung des



Abb. 3: Klebezettel, der die SO (Selbstorganisation) sinnfällig an allen 13 Fachbereichen in den Blick geraten lassen sollte - wurde von den Studierenden häufig verteilt - und zeigte durchaus Wirkung.

⁴ Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), siehe auch https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Wirtschaftsgemeinschaft

Senats) wurde hinsichtlich der veröffentlichten Zahlen zu den geplanten Studienabschlüssen in der Steigerung von 1970 bis 1975 zur Grundlage für die Kritik.

Das neu erlassene Fachhochschulgesetz ermöglichte eine breite Mitbestimmung, der von der SO allerdings mit Misstrauen begegnet wurde, weil man befürchtete, auf besondere Art

gegängelt zu werden. Die dort verfügte Organisation von Gremien korrespondierte nicht mit den Hoffnungen vieler fortschrittlicher Studentenvertreter und -vertreterinnen. Zu allem Überfluss hatte die zuständige Behörde eine erforderliche Wahlordnung zum neuen FH-Gesetz verzögert

herausgegeben und zum Entsetzen der SO waren die Studenten darin „vergessen“ worden.

Die damit zusätzlich beförderte Ambivalenz bewirkte in der damaligen Situation, dass sich viele Aktive der SO – wenn überhaupt – erst spät für die gesetzlich vorgeschriebenen Gremien zu Wahlen für die vorgesehenen Beteiligungsgremien aufstellen ließen. Es gab so für den Zeitraum 1970 bis vermutlich Anfang 1971 ein Nebeneinander von SO und gesetzlich vorgeschriebenen Mitbestimmungsstrukturen. Die SO löste sich dann auch angesichts divergierender politischer Meinungen unter den mitbestimmungswilligen Studierenden auf. Der SHB (Sozialistische Hochschulbund), die ASM (Assoziation Marxistischer Studenten) und andere politische Studentenorganisationen begannen Ende 1970, Anfang 1971 immer stärker das Bild zu bestimmen⁵. Die verschiedenen politischen Studentenorganisationen konkurrierten um Mandate in den ASTAs (FASTAs) der 13 Fachbereiche und für den ASTA der FH, aber auch für die Fachbereichsräte an den 13 Fachbereichen und das Konzil der FH, das paritätisch mit Dozenten/Dozentinnen, Mittelbaubeschäftigten und Studierenden besetzt wurde.

5 hier die mir aus der damaligen Zeit (um 1971 herum) bekannten politischen Studentenorganisationen:

- Der SHB (Sozialdemokratische Hochschulbund, ab 1972 Sozialistischer Hochschulbund),
- Die AMS (Assoziation Marxistischer Studenten - Spartakus), die schon im Mai 1971 in dem MSB oder auch Spartakus genannten Marxistischen Studentenbund Spartakus aufging.
- Die SSG (Sozialistische Studentengruppe) vom KB (Kommunistischen Bund) maoistisch orientiert.
- Juso-Hochschulgruppen ab vermutlich Frühjahr 1974
- RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) in der Hamburger Studentenschaft weithin verpönt und viel bespöttelt – vermutlich nur an der Universität existierend. Ich habe nie einen Studierenden an der FHS in der damaligen Zeit getroffen, die oder der sich zu dieser Organisation bekannte. Der RCDS spielte deshalb eigentlich keine Rolle.

72
Thema

WIR Organisieren UNS SELBST

Die Vollversammlung (VV) hat am 13. März beschlossen, die Selbstorganisation (SO) aller Hamburger Fachhochschüler an der Ingenieurschule Berliner Tor voranzutreiben. Die Fachschaft Schiffsbetriebstechnik ist die erste Fachschaft, die aus dem VV-Beschluß Konsequenzen gezogen hat; sie wählte ihre Delegierten für die SO. Die ASTA der Seefahrtsschule und der Hauschule werden zurücktreten, damit dort im Rahmen der SO weitergearbeitet werden kann. Inzwischen arbeiten in fast allen Fachbereichen der Hamburger Fachhochschule Arbeitsgruppen zum Aufbau der SO.

SELBSTORGANISATION

Die bisherige Selbstverwaltung der Fachhochschüler war durch das unkoordinierte Nebeneinanderarbeiten einzelner Fachschaften gekennzeichnet. Die Erkenntnis, daß die Fachhochschüler ihre gemeinsamen Interessen gemeinsam durchsetzen müssen, konnte sich dadurch bisher nicht in die Praxis umsetzen. Wir waren zersplittert, vertraten aber unsere Interessen gegenüber der zentralorganisierten Behörde, die die einzelnen Fachschaften durch Verzögerungstaktik, Teilzugeständnisse ("KALBITZER-Millionen") usw. immer wieder gegeneinander ausspielen konnte.

Die zentrale Selbstorganisation wird die Zersplitterung der Fachhochschüler in einzelne Fachschaften aufheben. Wir überwinden die lokalen Schranken der einzelnen Fachbereiche durch die selbständige Wahl unserer Vertreter in ein zentrales Plenum.

Das Fachhochschulgesetz verstärkt die Zersplitterung der Fachhochschüler-Interessenvertretung, trennt die Vertreter, die 2 Semester unkontrolliert in den FHS-Gremien hocken sollen, von der Studentenschaft, schreibt der Studentenschaft eine Auftragsverwaltung für die Behörde vor. Das Gesetz bringt die Notwendigkeit mit sich, den Aufbau unserer SO zu beschleunigen.

Die von der Behörde unabhängige Selbstverwaltung aller Fachhochschüler wird nach folgenden Grundsätzen arbeiten:

- 1) Die Fachhochschüler nehmen ihre Angelegenheiten selbst und in eigener Verantwortung wahr; also wird die SO die einzige Interessenvertretung der Fachhochschüler im FHS-Bereich sein.
- 2) Die Fachhochschüler wählen ihre Vertreter, damit sie für sie arbeiten (ihre Interessen vertreten und sie besser als bisher informieren). Die Fachhochschüler erteilen ihnen Aufträge, kontrollieren sie, und können sie jederzeit abwählen, falls sie nicht mehr ihre Interessen vertreten.

Wir müssen uns organisieren, bevor wir von der Behörde organisiert werden: Weitere Termine für den Aufbau der Selbstorganisation

Mi.	1.4.-	12 Uhr	Fachschaftsvollversammlung Elektrotechnik
		19 "	Vorläufiges Plenum der SO (ESG, Grindelallee 9 R.701)
Do.	2.4.-	12 "	Fachschaftsvollversammlung Fahrzeug- u. Schiffbau
		11,15	Vollversammlung Fahrzeugbauschule
		10 Uhr	Vollversammlung Hauschule
Fr.	3.4.-	10 "	Fachschaftsvollversammlung Maschinenbau + Chemie verantw.: Arbeitsgruppe SO - Eigendruck

Weitere Informationen am JNFO-Stand in der Halle!

Selbstorganisation im März 1970

Das Konstrukt des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ bot in dieser Zeit die Folie für eine breite politische Diskussion nicht nur unter Studenten und Studentinnen. Die gewerkschaftliche Orientierung (GO) der damals größten Studentenorganisationen in der FH, SHB und MSB (Marxistischer Studentenbund Spartakus), bildete den Hintergrund für vielfältige Aktionen und Proteste.

Die Hoffnung auf angemessene tarifizierte Arbeitsbedingungen für die Arbeit mit den neuen Studienabschlüssen war groß. Ich trat deshalb ziemlich bald nach Studienbeginn wieder in die Gewerkschaft ÖTV ein. Am FB Sozialpädagogik wurden in dieser Zeit über 200 neue Mitglieder für die Gewerkschaft ÖTV geworben – viele Studierende kamen direkt aus unterschiedlichen Arbeitsumständen und sahen für sich, dass sie als Fachhochschul-Absolventen zukünftig gewerkschaftlich geregelte Arbeitsbedingungen benötigen würden.

Der Zusammenbruch des Studienbetriebs am FB Elektrotechnik führte im Oktober 1970 zur Aberkennung des Abschluss-Semesters für die Studierenden des dortigen 6. Semesters, weil es unter den Dozenten keine Bereitschaft mehr gab, die dauernde Überlastung weiter mitzutragen. Dieser Skandal führte als konkretes Beispiel für die unterfinanzierte Fachhochschule zu einer besonderen Protestaktion der Studierenden, für die an allen 13 Fachbereichen geworben wurde.

Es begann nun auch eine zunehmend breitere Debatte um generelle politische Themen – in unvergesslicher Erinnerung wird mir

bleiben, wie sich die Menschen des Fachbereichs Sozialpädagogik an der großen Demonstration

auf der Moorweide zur Unterstützung für Willy Brandt am 27. April 1972 zusammenfanden⁶.

6 Am 27. April 1972 scheiterte das konstruktive Misstrauensvotum gegen den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt (SPD). Ursache war die von der sozialliberalen Koalition unter Brandteingeleitete Entspannungspolitik, die in den sogenannten Ostverträgen gipfelte. https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/38507921_kw17_misstrauensvotum_brandt/208272

Leider war das auch die Zeit rund um den Beginn der Berufsverbote⁷ mit ihren schrecklichen Folgen. Eine Broschüre, die im April 1976 aus Anlass des vierjährigen Bestehens der politischen Entscheidung von einer Initiative

7 Beschluss der Regierungschefs der Bundesländer und des Bundeskanzlers Willy Brandt vom 28. Januar 1972: „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“.

WIR Organisieren UNS SELBST
FORTSCHRITTE DER SO

In der letzten Woche haben in einigen Fachschaften Veranstaltungen zum Aufbau der Selbstorganisation aller Hamburger Fachhochschüler (SO) stattgefunden. Die Ergebnisse zeigen den Stand der Selbstorganisation in den einzelnen Fachbereichen.

Hochbau, Ing.-Bau, Vermessung: Alle drei Fachschaften der Bauschule haben am 2. April eine gemeinsame Vollversammlung durchgeführt. Der ASStA trat zurück. Bildung eines Arbeitskreises, der die Möglichkeiten einer zukünftigen Interessenvertretung überprüfen und die Studentenschaft informieren soll.

Elektrotechnik: Auf der Vollversammlung (VV) am 1. April wurde die Satzung der SO angenommen (2 Punkte wurden bis zur Klärung zurückgestellt). Anschließend wurden Kandidaten für den Fachschafts-ASStA (FASTA) aufgestellt. Kandidatenvorstellung: 7. April 1970 - 13,40 Uhr. Wahl: 8., 9., 10. April.

Flugzeug-, Kraftfahrzeug- u. Schiffbau: Auf der VV am 2. April entschied sich die Mehrheit der Anwesenden grundsätzlich für die SO. (Meinungsbild). Änderungswünsche zur Satzung. Bildung eines Arbeitskreises aus Semestervertretern und weiteren Interessierten zur Untersuchung des Modells und der Satzung der SO und zur weiteren Information der Studentenschaft.

Maschinenbau Chemie: VV am 3. April: Fachschaft grundsätzlich für die SO. Arbeitskreis gebildet, der als kommissarischer FASTA arbeiten soll (Überarbeitung der Satzung nach den Änderungsvorschlägen der VV, Koordination mit anderen Fachschaften, Information der Studentenschaft).

Sozialpäd. Inst.: Information der Erstsemester am 1., 2., 3. April. Erstsemester Vollversammlung: Notwendigkeit der SO anerkannt, Bildung einer Arbeitsgruppe, Vorbereitung einer Vollversammlung zum Thema Selbstorganisation.

Schiffsbetr. Techn.: Der FASTA ist bereits gewählt.

In fast allen Fachschaften haben sich Gruppen gebildet, die den Aufbau der SO vorantreiben und die Studentenschaft informieren soll. Weitere Vollversammlungen finden in den nächsten Tagen statt. Informationen in der INFO-Zentrale Berliner Tor (ASStA): 24 09 03

TERMINE:
Mi., 8.4. - 16 Uhr: Arbeitsgruppe der Bauschule
ESG, Grindelallee 9
Mi., 8.4. : FASTA-Wahl Elektrotechnik
Do., 9.4. : FASTA-Wahl Elektrotechnik
Fr., 10.4. : FASTA-Wahl Elektrotechnik
Mo., 13.4. - 10 Uhr: Vollversammlung SIPV (Ing.-Schule f. Produktions-u. Verf. Technik)

INFO-Zentrale - Eigendruck

Abb. 5: Informationsflugblatt der SO im April 1970 über die erfolgreiche Fortführung der Verankerung des Aufbaus in den unterschiedlichen Fachbereichen

gegen die Berufsverbote am Fb Sozialpädagogik herausgegeben wurde, dokumentiert 15 Fälle von Menschen, die im direkten Zusammenhang mit dem Fb Sozialpädagogik Berufsverbot erhielten.

Die Situation am damaligen Fb Sozialpädagogik war auch durch die Vielzahl politischer enorm relevanter Ereignisse beeinflusst. Die 1968 erfolgte Militärintervention des Warschauer Pakts in der CSSR und die etwa zeitgleiche Verabschiedung der Notstandsgesetze waren vielen Menschen wie mir noch gut im Kopf. Die 1969 an die Macht gekommene sozialliberale Bundesregierung hatte außergewöhnliche Hoffnungen geweckt. Die Bundesrepublik war damals aber auch aus eigenem Verständnis das Bollwerk des „Freien Westens“ im „Kalten Krieg“ gegen die DDR. Der 17. Juni war „Tag der deutschen Einheit“ und wurde als Nationalfeiertag *arbeitsfrei* gewürdigt. Der Protest gegen den Vietnamkrieg, der erst 1975

zu Gunsten des sozialistischen Nordens beendet wurde, war für die Bevölkerung möglicherweise nur begrenzt ein „Aufregertema“ - an den Hochschulen bewegte dieses Thema aber seit der großen Vietnam-Demonstration des SDS in Berlin am 18. 2. 1968 „jeden einigermaßen aufgeweckten Geist“. Die Anti-Atombewegung, die 1971 mit dem Buch „Friedlich in die Katastrophe“ von Holger Strohm einen besonders qualifizierten Widerspruch geltend machen konnte, stand gerade erst am Beginn einer breiten Entwicklung, beschäftigte aber in schnellem Tempo viele studierwillige Köpfe. Die Berufsverbote und die breit angeprangerte Praxis ihrer Umsetzung in allen Bundesländern wurde eine besondere Herausforderung, die das Verständnis von Politik auch über den Hochschulbereich hinaus neu beschäftigte. Die unglücklicherweise zeitgleich aktive RAF (Rote Armee Fraktion) hatte mit der „Befreiung“ von Andreas Baader am 14. Mai 1970 in Berlin einen unübersehbaren Punkt markiert. In der öffentlichen Meinung entstand ein Riss, der durch eine aggressive Stimmung befeuert wurde. „Die Frage der Gewalt“ ergab nun einen zusätzlichen Diskussionsbedarf besonders in studentischen Zusammenhängen. Linksradikale (häufig mit maoistische Positionen) trieben die besonnenen Kräfte in eine Zwickmühle. Das Kapital und der Kapitalismus gerieten nun auch mit der Studie zur Zukunft der Weltwirtschaft Die Grenzen des Wachstums (Club of Rome 1972) in eine derart breite Diskussion, so dass kaum eine studentische Vollversammlung ohne eines dieser Themen stattfinden konnte. Die erwähnten neu

erwachsenen politischen Studentenorganisationen lieferten sich hier die heftigsten „Scharmützel“ ... politische Themen überflügelten fachwissenschaftliche Fragen des Studium häufig derart, dass es sehr schwer war, eine klare Linie im Studium zu behalten ... zumindest für Studenten wie mich. Die Studienzeit war in vielerlei Hinsicht ein „melting pot“ und die Anzahl der studentischen Vollversammlungen am Fb Sozialpädagogik waren außergewöhnlich.

Am Fb Sozialpädagogik bestimmten um diese Zeit nicht nur die oben erwähnten Probleme das Klima - der gesellschaftliche Wandel insgesamt spiegelte sich in vielfältigster Form auch bei den Themen und Inhalten des Studienbetriebs wider. Die Hoffnung auf die Begründung einer in sich geschlossenen „Sozialpädagogischen Theorie“ neben Theorien für Pädagogik/Medizin und oder Jura waren hoch für mich. Es gab aber auch die unterschiedlichsten Anknüpfungspunkte für das Verständnis von Fragen rund um das Aufwachsen von Menschen, von Bestrafung und Ausschließung, von Instrumentalisierung (z.B. den Einsatz zur „Aussonderung von unwerthem Leben“ während der Zeit des Nationalsozialismus), und auch das Beispiel von Janusz Korczak 1942 mit den Kindern im Vernichtungslager Treblinka wurde präsent. Natürlich waren Anpassung und Integration Themen, die raumgreifend waren. Montessori-Kindergärten und Waldorfschulen bekamen einen besonderen Platz, dem Pädagogen Anton Makarenko wurde bei vielen von uns große Bedeutung zugemessen. Eines der meistgelesenen Bücher zu diesem Zeitpunkt war „Theorie und Praxis der antiautoritären Erziehung: Das Beispiel Summerhill“ von A. S.



Quelle: Archiv Peter Meyer

Abb. 6: Karikatur zur Bildungskatastrophe

Neill. In deutlichem Gegensatz zu dieser Begründung von Pädagogik ist mir mein Arbeitsleben lang der damals breit geteilte Aufsatz von Dr. Wolfgang Bäuerle⁸ geblieben: „Funktion und Bedeutung der Heimerziehung in einer künftigen Jugendhilfe“ ... die „Heimrevolte“⁹ hatte gerade begonnen. Bäuerle war ein heftiger Gegner „Geschlossener Unterbringung“.

In meiner Erinnerung sind mir vor allem der Kampf gegen den NC und die Mitbestimmung der Studenten für bessere Studienbedingungen geblieben. Das hier folgende ist aber nur eine sehr subjektive Erinnerung und keine fundierte Darstellung der damaligen Umstände:

Die Einstellung dringend benötigter, zusätzlicher Dozenten (im FH-Senat waren die Studenten mit 1/3 der Mitglieder stimmberechtigt bei Einstellungsverfahren¹⁰) führte, begünstigt durch das äußerst engagierte Verhalten der SHB- und Spartakus-Mitglieder, am FB Sozialpädagogik zu einer schnellen Vergrößerung des Lehrkörpers.

Weiterhin erhielt durch den so neu eingestellten Dozenten für Soziologie Thomas Neumann¹¹ diese Fachrichtung nun eine besondere Bedeutung im Studium.

Leider habe ich kein Vorlesungsverzeichnis aus dieser Zeit mehr. Ich erinnere mich aber, dass Pädagogik, Methodenlehre (Einzelfall- und Gruppenarbeit, Gemeinwesenarbeit), Gesprächs-

führung, Medienkunde, Entwicklungspsychologie, Psychologie, Soziologie, Organisationslehre und Verwaltung u. a. unterschiedliche Bedeutung in den Studienrichtungen Sozialpädagogik und Sozialarbeit hatten. Autoren und Autorinnen, die damals gelesen wurden, waren u. a. A. Dührsen, R. Spitz, Tausch, Magda Kelber, K. Mollenhauer, S. Freud, Gamm, das

Funkkolleg Band 1 + 2, H. Hiebsch und M. Vorweg usw. Es gab in der frühen Zeit des Studiums zudem selbstorganisierte Büchertische, um von Studentenseite her die Literatur vielfältiger werden zu lassen. Hierbei spielten natürlich z. B. Erich Fromm, Wilhelm Reich, Siegfried Bernfeld, Magnus Hirschfeld u. a. eine Bedeutung.



Abb. 7: Titelbild der damals periodisch erscheinenden Broschüre „Eutektikum“ (hier Nr. 6, Jahrgang 1969), die als unabhängige, überparteiliche Zeitschrift der Studentenschaft der Ingenieurschule Hamburg am Berliner Tor herausgegeben wurde und für die SO warb.

8 Dr. Wolfgang Bäuerle war zur Gründung der FHS der Sprecher des FB Sozialpädagogik - hier auch der Aufsatz aus dem Heft Soziale Arbeit, August 1970

9 Aufstand der Heimkinder, <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/aufstand-der-heimkinder>

10 siehe §23 des Fachhochschulgesetzes für Hamburg in der 1970 vorgelegten Fassung

11 <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/verleugneter-teil>

Hamburger Bürgerschaft

1. Die MiFriFi sieht für den Zeitraum 1970-1975 folgende Erhöhung der Studienplätze vor :

<u>FHS/Bereich</u>	1970	1971	1972	1973	1974	1975	Steigergr. a) in %/5J. b) in% /Jahr
Masch.Bau (incl Chemie)	623	675	725	750	750	750	a) 24% b) 4,8%/J.
Elektr. Technik	656	700	750	800	850	900	a) 40% b) 8% /J
Fahrzeugtechnik	470	525	575	600	600	600	a) 28% b) 5,7% /J.
Schiffs.Betr.T.	408	376	390	390	390	390	a) -4,5% b) -1%/J.
Hochbau	360	450	450	450	450	450	a) 25% b) 5%/J
Ing.-Bau	291	300	350	400	450	450	a) 54,5% b) ca. 11%/J
Vermessung	236	300	300	300	300	300	a) 27% b) 5,4%/J.
Prod.-u. Verf.T.	293	450	550	600	600	600	a) 104,7% b) 21%/J
Seefahrt	384	450	500	300	300	300	a) ±0 b) Diverg.
<u>Ingenieur-FB :</u>	3721					4740	a) 27,3%/5J. b) 5,5%/J.
Sozialpädagogik	418	510	630	750	800	850	a) 100%/5J. b) 20% /J
Bibl. Wesen	280	330	360	380	400	420	a) 50% b) 10%/J.
Gestaltung	481	480	480	480	480	480	a) ±0 b) "
Ernährung u. Hs.Wirtsch.	90	90	90	90	90	90	gleich

2. Wer ist für diese "Planung" verantwortlich ?

Welches Würfelspiel ist Grundlage dieser Zahlen - oder welche Methode etwa der Bedarfsschätzung hat dieser Prognose zugrundegelegen?

Selbst wenn dies "nur" die offizielle Planung der Behörde sein sollte - was hat der einzelne Bürgerschaftsabgeordnete dazu gesagt und jetzt noch zu sagen?

Etwa z.B. dazu, daß eine Investitionsplanung so aussieht, daß im FB E-Technik schon bis 1973 eine Zunahme der Studentenzahlen um 24% stattfindet, Investitionen aber nicht vorgesehen sind ? Und dies bei der hinlänglich bekannten Misere schon jetzt dort !!!

(Evangelischen Studentengemeinde) einen regelmäßigen Sitzungsort fanden. Diese Information wurde breit verteilt und bildete einen wesentlichen Ausgangspunkt für die Kritik der Studenten an dem NC.

Neben diesen Lehrmaterialien wurde eine heftige Diskussion darüber geführt, wie die Bewertung von Arbeiten in die zu berücksichtigenden Leistungen für die Abschlussprüfung eingehen könnte. In den Abschlusszeugnissen wurden einzelne Fächer nicht benotet, sondern nur mit „teilgenommen“ berücksichtigt. Gruppenbewertungen und besondere Formen von Skripten wurden diskutiert.

Es gab neben den damals schon bekannteren Arbeitsbereichen s.o. die unterschiedlichsten Arbeitsfelder, in die man sich vertiefen konnte, z. B. Betriebs-Sozialarbeit, Sozialarbeit im Gefängnis, Schulsozialarbeit (damals ausschließlich für die gerade entstehenden Gesamtschulen), besonders beliebt war aber wohl Vorschulpädagogik, die - damals politisch gewollt - an allen Grundschulen ausgebaut werden sollte. Es gab aber auch die ersten Ansätze für Gemeinwesenarbeit (ca. 1972/73). Ein noch immer existierendes Beispiel von Organisation und wirklich guter Arbeit ist dafür die AG KV (Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel - <http://www.agkv-hh.de/>). Die AG KV wurde damals im Studium hinsichtlich ihrer theoretischen Begründung breit diskutiert und wurde in der Praxis im Karolinenviertel nach und nach eine erfolgreiche und geschätzte Institution.

Ziel des Studiums war aus meiner Sicht u. a. die Vermittlung von Haltung. Sie sollte Beratung, zumindest im Studienbereich Sozialarbeit, den ich gewählt hatte, für die Praxis ermöglichen.

In dieser Zeit des Studiums habe ich meine Frau kennengelernt und ohne ihren Rat und Begleitung hätte ich die vielen Ansprüche des Studiums neben

meinen politischen Ambitionen wohl nicht konstruktiv für mein Leben bewältigen können.

100 gefühlte Jahre nach dem Beginn dieses Studium - nun als im Ruhestand lebender, ehemaliger Sozialarbeiter - erlebe ich Demokratie als ein dauerhaftes Thema auch für die Soziale Arbeit. Sozialarbeit/Sozialpädagogik wird wohl noch auf längere Zeit keine alle Arbeitsfelder und entwickelten Methodiken umfassende „Theorie

für Soziale Arbeit“ haben, was für die Ausbildung von großem Gewinn wäre. Das würde helfen, die politischen Debatten, die fern von fachlichen Bedarfen juristisch getrimmt, aber immer mit Blick auf die aufgewendeten Finanzen rasant Bedeutung gewinnen, zu beeinflussen. Mangels dieser Möglichkeiten wird meines Erachtens von „der Politik“ einseitig mit

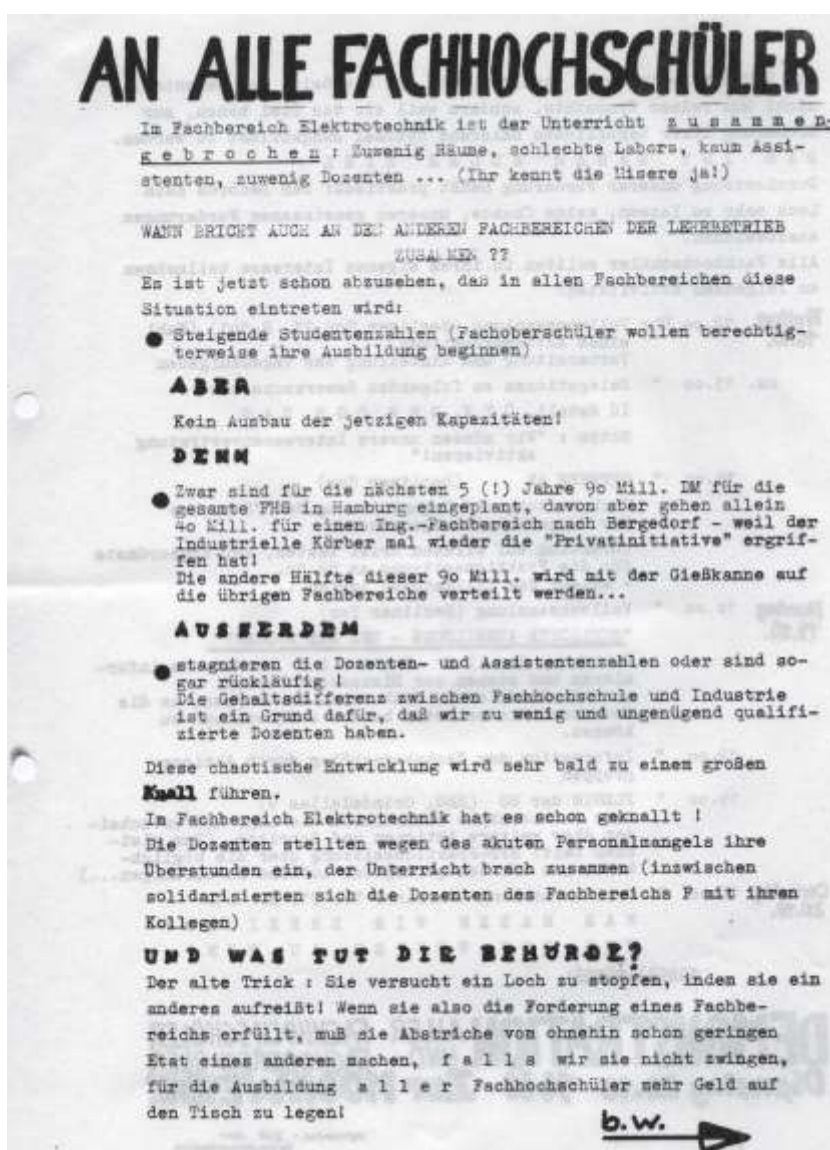


Abb. 9: Erste Seite des SO-Aufrufs, die aus Anlass des Eklats am Fb Elektrotechnik gegen die schlecht ausfinanzierte Bildung an der neuen FHS zur Demonstration am 20. Oktober 1970 aufruft.

dem Blick von „Außen“ auf sich zeigende Probleme reagiert, indem man diese „Probleme“ zusätzlich „ohne fachliche Ansprüche“ hochstilisiert und sie instrumentalisierend für „seine Politikgestaltung“ zur Verbesserung von Machtansprüchen benutzt. Der Kinder-

und Jugendhilfe, die als föderale Aufgabe in den unterschiedlichen Bundesländern nach regionalen Bedingungen gestaltet ist, steht unter diesem schlechten Stern eine Neudefinition der Aufgaben aus dem SGB VIII bundesweit bevor, ohne dass die Fachöffentlichkeit

78
Thema



mentation zu 15 Fällen von Berufsverboten, die damals in direktem Zusammenhang mit dem Fachbereich standen. Anlass für die Publikation war das vierjährige Bestehen der politischen Entscheidung für die Berufsverbote.

auch nur annähernd einbezogen wird. Auch in regionaler Verantwortung geht es leider nicht besser, gerade „Uns“ die „Wir“ schon immer für mehr Integration in der Gesellschaft waren, wird in Hamburg die Geschlossene Unterbringung aus maßgeblichen politischen Zusammenhängen wieder zugemutet: Ausschluss, statt Integration. Während CDU und FDP in Schleswig-Holstein im „PUA Friesenhof“ (Parlamentarischer Untersuchungsausschuss) noch gegen SPD und Grüne belegt sehen, dass in den Friesenhof-Heimen das Kindeswohl nicht gesichert war, setzen sie hier die SPD-Regierung unter Druck, ein geschlossenes Heim wieder zu eröffnen. Die „Koordinierungsstelle individuelle Unterbringung“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, die die geschlossene Unterbringung verhindert, bleibt in der öffentlichen Diskussion in ihrer Wirkung nahezu unbeachtet und ohne Anerkennung seitens der Politik. Hilfen zur Erziehung geraten immer mehr in den Verdacht, erzwungen zu sein. Das Hamburger Durchführungsgesetz zum SGB VIII benötigt nur noch die formale Zustimmung der Bürgerschaft und hat dann die „schreckliche Jugendhilfeinspektion“ gesetzlich legitimiert. Dass mit diesem Gesetzestext der gerade durch die Bürgerschaft eingerichteten Enquete-Kommission in ihrem Untersuchungsauftrag vorgegriffen wird, beeinträchtigt

„die politischen Kräfte“ , die die Kinder- und Jugendhilfe nur als Instrumentalisierung benutzen, natürlich nicht. Fragen der Kooperation in der Organisation der Kinder- und Jugendhilfe-Landschaft Hamburgs zu erörtern, um zu befriedigenderen Umständen beizutragen, sollte ein Ziel sein, die zivile Gesellschaft konstruktiv zu gestalten. Auch deshalb hat sich eine Landesarbeitsgemeinschaft ASD gebildet, um die Bedarfe der praktischen Arbeit im ASD politischen Begehrlichkeiten nach kurzfristigen populistischen Effekten für Neuorganisationabsichten entgegenzuhalten. Ich wünsche dem Department an der HAW in Bezug auf diese Themen die Offenheit, sich dieser Diskussion anzunehmen und hoffe auf ein glückliches Händchen bei der vermutlich immer wieder neu erforderlich werdenden Justierung von Studieninhalten und zeitweise sicherlich auch Festhalten an Bewährtem, auf das Studierende mit Freude auf die „Praxis“ zugehen können und wollen. Natürlich hoffe ich, dass viele der jetzt Studierenden die Notwendigkeit der Gewerkschaftsmitgliedschaft für sich als hilfreich und sinnvoll sehen und sich entsprechend organisieren.



Peter Meyer, Jg. 1944, Sozialarbeiter; 1970-1974 Studium der Sozialarbeit an der FH Hamburg, ver.di-Gründungsmitglied in Hamburg und Mitbegründer der Fachgruppe Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe (SKJ) im Fachbereich Gemeinden bei ver.di, zuletzt tätig im ASD-Steilshoop, jetzt Rentner, verfolgt weiterhin die Diskussion im Sinne von Solidarität für die beschäftigten Kolleginnen und Kollegen im ASD. pemey@gmx.net